



Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und über den Neuzuschnitt der Wahlkreise

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/2135 -

ERSTE BERATUNG

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Beratung fort. Ich darf Ihnen das Ergebnis der Beratung im Ältestenrat bekannt geben. Der Ältestenrat hat sich damit beschäftigt, in welchem Maß, in welcher Form und in welcher Art und Weise wir hier in diesem Haus Plenardebatten führen. Anlass war die grobe Verletzung der Ordnung des Abgeordneten Brandner. Der Ältestenrat ist übereingekommen, dass für die Bezeichnung der Grünen als „Kinderschänder“ und „Koksnasen“ der Abgeordnete Brandner jeweils einen Ordnungsruf erteilt bekommt. Also, Herr Abgeordneter Brandner, Sie haben zwei Ordnungsrufe und ich mache Sie darauf aufmerksam, wenn Sie die Ordnung dieses Hauses heute in dieser Plenardebatte wiederum verletzen, dass Sie dann von der Plenardebatte ausgeschlossen werden.

Wir gehen weiter mit der Beratung in der Beratungsfolge und ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 4

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und über den Neuzuschnitt der Wahlkreise

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/2135 -

ERSTE BERATUNG

Wünscht die Fraktion der AfD das Wort zur Begründung? Herr Abgeordneter Brandner, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, die Belehrung liegt mir fern, aber kann es sein, dass im Rahmen der Ordnungsrufdebatte untergegangen ist, dass wir über den Gesetzentwurf gerade gar nicht abgestimmt haben oder habe ich da etwas verpasst?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das ist die erste Beratung!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich habe den Tagesordnungspunkt 3 geschlossen. Danach kam der Anruf zur Einberufung des Ältestenrats und jetzt habe ich den Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Dann werde ich mich dazu jetzt in der gebotenen Sachlichkeit äußern.

Meine Damen und Herren, seit vielen Monaten wird in unserem schönen Freistaat Thüringen eine Debatte über die Zukunft unseres Landes geführt. Die Forderung lautet: Thüringen muss sich verändern. Dafür werden im Wesentlichen drei Gründe angeführt. Erstens müsse der schrumpfenden Bevölkerung Rechnung getragen werden, zweitens gelte es, die Verwaltung zukunftsfähig zu machen und schließlich drittens die Kosten gesenkt werden. Die Zauberworte lauten: schlanke Strukturen und Staatsmodernisierung. Die Debatten zum Vorschaltgesetz der Gebietsreform im vergangenen Plenum und zum Tagesordnungspunkt 2 heute haben das ausdrücklich und ausgiebig gezeigt. Man müsse vor allen Dingen die Größenordnungen in Thüringen verändern, Effizienz müsse jetzt groß geschrieben werden, das in die Kernaussagen der Debatte. Wer solche Ansprüche erhebt, meine Damen und Herren, der muss ihnen zunächst aber vorab selber genügen. Insbesondere bei der Anpassung der Größenordnung an die Realitäten muss der Thüringer Landtag selbst den ersten Schritt in die richtige Richtung gehen und mutig darauf achten und nicht nur seine eigenen Pfründe sichern wollen, sondern auch Sparpotenzial sehen und dieses Sparpotenzial umsetzen. Denn dieses Haus, meine Damen und Herren, ist schlicht und ergreifend überproportioniert, und das nicht nur insoweit, was aus Ihrer Sicht wahrscheinlich die AfD angeht.

Das zurzeit geltende Gesetz begründet die Anzahl der mindestens 88 Abgeordneten – faktisch sind es meistens wegen Überhangs- und Ausgleichsmandaten ein paar mehr – mit der Größe des Landes, allerdings basierend auf den Zahlen von 1990. Seitdem hat sich die Bevölkerung unseres Landes verändert, es gibt ungefähr eine halbe Million Menschen weniger in Thüringen als 1990. Es ist daher mehr als überfällig, dass auch der Landtag seine Größe den aktuellen Gegebenheiten anpasst.

Aber auch was Effizienz angeht, kann dieses Haus besser werden. Da haben einige Politiker die Chuzpe, den Kommunen etwas von Effizienz zu erzählen, aber dieses Haus hier ist nicht mal in der Lage, die Tagesordnung der Plenarsitzungen abzuarbeiten. Über Monate hängen wir hinterher, beispielsweise der Antrag zum Erhalt des Bargelds wurde permanent von einer Sitzung auf die nächste verschoben, sodass Aktualität verloren geht.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Woran liegt das?)

Das liegt unter anderem an Sondersitzungen des Ältestenrats, wenn ich gefragt werde.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wenn eine Institution in diesem Land eine Reform und mehr Effizienz benötigt, dann ist es dieses Haus. Die Verkleinerung des Parlaments steht nicht allein und sie dient natürlich auch nicht einem Selbstzweck. Sie soll das Ergebnis einer besseren Arbeitsorganisation sein und dafür sind keineswegs so viele Abgeordnete nötig, wie derzeit hier sitzen. Es gibt weitere Parallelen zur derzeitigen Debatte um Reformen in Verwaltung und zum effizienten Einsatz von Steuern. Dazu zählt der Kostenfaktor. In den letzten Jahren sind die Ausgaben für dieses Parlament stetig gestiegen. Nachdem Sie alle von den Altparteien unseren Vorschlag zur Streichung

der automatischen Diätenerhöhung abgelehnt haben, werden die Kosten für die Entschädigung der Abgeordneten auch zukünftig weiter stetig und deutlich ansteigen. Es ist ein Gebot des Anstands und der Gerechtigkeit, wenn auch die Politik ihren Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens leistet. Die Steuern werden erhöht und die Kommunen werden die abgesenkten Zuweisungen in Form höherer Gebühren an die Bürger weitergeben. All diese Entbehnungen gehen an diesem Hause bislang spurlos vorbei. Die Verkleinerung des Parlaments um reichlich ein Viertel ist daher das Gebot der Stunde und ein angemessener Beitrag.

(Beifall AfD)

Wir schlagen aus allen diesen Gründen eine Landtagsverkleinerung vor. Mit der Trennung von Amt und Mandat, einem besseren Zuschnitt der Ausschüsse, mit kleineren Ausschüssen und der Konzentration auf das Wichtige und Notwendige kann dieser Landtag leistungsfähiger werden. Er kann bessere Arbeit mit weniger Abgeordneten leisten. Das wird den Respekt der Bürger erhöhen und mehr Vertrauen in die Politik schaffen. Ich hoffe, die Debatte, die sich jetzt hier anschließt, wird das auch machen, wird die Leute da oben nicht allzu sehr strapazieren, sondern davon überzeugen, dass wir auch sachlich debattieren können.

Meine Damen und Herren, deshalb versuchen Sie vielleicht alle, in der nächsten Debatte ohne die Begriffe: Rassismus, Populismus, Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit und die üblichen Satz- hüllen und Wortblöcke auszukommen. Bitte verweisen Sie uns auch nicht auf eine anstehende Parlamentsreform. Wenn Sie das lassen, dann werde ich auch „Wasserspender“ in der nächsten Rede nicht sagen. Danke schön.

(Beifall AfD)

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren! Herr Blechschmidt, Sie haben ja ganz nett angefangen. Am Anfang, das hörte sich ganz vernünftig an und dann kam mir der Begriff „politische Demenz“ in den Sinn. Nicht, weil ich an Sie gedacht habe, das kam mir einfach nur so in den Sinn, weil ich mich an eine Pressemitteilung des Deutschen Depeschendienstes vom 19.02.2007 erinnerte. Da ging es um: „Thüringer Parteien diskutieren über die Parlamentsreform“. Da wird geschrieben: „Die PDS“ – so hießen Sie zwischendurch mal, zwischen SED und wie Sie heute heißen – „schlage daher vor bereits zur Landtagswahl 2009 zwölf Abgeordnetenposten zu streichen. Auch die SPD verlangte eine Parlamentsreform bereits in der nächsten Legislatur.“ Die FDP wollte noch viel mehr. Wie ist das in Einklang zu bringen, Herr Blechschmidt, mit dem, was Sie hier jetzt gerade versucht haben zu erzählen? Sind Sie jetzt auch ein Parteienhasser wie Herr Schachtschneider, den Sie hervorgehoben haben? Oder haben Sie es einfach schlicht vergessen, so wie der eine oder andere Parteitagsbeschluss bei den Altparteien scheinbar immer dann in Vergessenheit gerät, wenn er von uns aufgegriffen wird? Vielleicht ergreifen Sie gleich noch mal das Wort oder dementieren Sie diesen Pressebericht von 2007, sagen, Sie haben sich vertan, Sie mussten etwas anderes sagen oder welche Erklärung Ihnen da auch immer einfallen mag.

Herr Fiedler, Sie haben auch ganz stark angefangen und ich muss sagen, ich finde Sie immer wieder nett und so ein bisschen eifere ich Ihnen gern nach. Ich bin noch etwas plumper, noch nicht so eloquent wie Sie hier vorn am Rednerpult, muss ich sagen. Ich versuche das immer.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Aber ich gehe nicht so weit unter die Gürtellinie!)

Ja, aber dafür ist Ihre Gürtellinie länger als meine, also gut, da haben Sie mehr Platz. Habe ich Sie richtig verstanden, 2007 waren Sie für die Verkleinerung des Landtags und jetzt, wenn wir das eingebracht haben, sind Sie für die Vergrößerung? Das müssen Sie den Leuten auch noch mal erklären, welcher Umschwung da bei Ihnen stattgefunden hat. Ich sage mal, grade dass wir als kleine Partei eine Verkleinerung des Landtags fordern, die uns überproportional treffen könnte, spricht für die Ehrlichkeit unseres Ansinnens.

Wenn Sie sich lustig machen, Herr Fiedler, dass unsere Fraktion geschrumpft ist – ich weiß nicht, Herr Reinholz, der hat ihre Fraktion auch nicht gerade größer gemacht. Die Einzige, die bisher, sagen wir mal, demokratisch zweifelhaft von Fraktionsvergrößerungen und AfD-Stimmen profitiert haben, war die SPD mit ihrem zweiten Oskar, den sie jetzt in ihren Reihen haben, denn der erste Oskar ist ja jetzt nicht mehr dabei. Also ich sage mal so: Das passt alles hinten und vorn nicht, was Sie uns da erzählt haben.

Meine Damen und Herren, dritter Tagesordnungspunkt heute, dritter Gesetzentwurf, dritter Gesetzentwurf von der AfD, so sieht parlamentarische Praxis in Thüringen aus – ein Gesetzentwurf besser als der andere.

(Heiterkeit CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Einigkeit als Altparteien torpediert das leider nicht, aber irgendwann wird bei Ihnen auch noch mal ein Nachdenken einsetzen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: So plump kann nicht mal ich sein!)

Im Übrigen ist auch der dritte Gesetzentwurf für die Bürger im Lande, Herr Fiedler, die Sie ja meinen, alle persönlich zu kennen, denn die Bürger draußen meinen auch, dass der Landtag viel zu groß ist und dass er sich zumindest an den Einwohnerzahlen orientieren sollte. Offenbar war 2007 sogar noch die SED/PDS/LINKE auch dieser Auffassung.

Meine Damen und Herren, eins muss klar sein: Ein Parlament braucht natürlich eine Mindestgröße und abschaffen wollen wir kein Parlament. Ich weiß nicht, wie Sie auf diese Schnapsidee kamen, Herr Fiedler. Nicht nur, um zu funktionieren, braucht ein Parlament eine Mindestgröße, sondern auch um eine gewisse Ernsthaftigkeit auszustrahlen. Doch der Thüringer Landtag ist und bleibt zu groß, und zwar sowohl in absoluten Zahlen wie auch in der Relation zu Einwohnern und Bewohnern des Freistaats. Blicken Sie nach Mecklenburg-Vorpommern, das ist flächenmäßig ungefähr genauso groß wie Thüringen. Dieses Bundesland kommt mit 70 Abgeordneten und damit mit über 20 weniger aus. Nehmen Sie Schleswig-Holstein, da sieht es genauso aus. Dass die Länder jetzt undemokratisch oder diktatorisch aufgebaut sind, das werden nicht mal Sie behaupten. Der Einwand, dass diese Länder weniger Einwohner haben als Thüringen, zählt nicht, denn auch im Verhältnis der Abgeordneten zu den Einwohnern hat Thüringen das größte Parlament. Im Flächenland Niedersachsen kommt auf 57.000 Einwohner ein Abgeordneter, in Hessen sind es 55.000, in Thüringen gerade mal 25.000. Also rechnerisch von Hessen oder Niedersachsen ausgehend würde die Hälfte hier reichen. Aber so weit gehen wir ja nicht mal. Dass ein Landesparlament auch mit sehr kleiner Zahl an Abgeordneten zurechtkommt, zeigt das Saarland. Genau da haben sie Fraktionsgrößen von drei, Herr Blechschmidt, und dass das Saarland jetzt dem Untergang geweiht ist – zumal ja auch der eine Oskar da mitmischt –, habe ich auch noch nicht gehört. Das saarländische Parlament arbeitet nach meiner Kenntnis ganz gut.

Man kann ja der Begründung des Landeswahlgesetzes folgen und sagen, dass die 88 Abgeordne-

ten der Einwohnerzahl entsprechen sollen. Dann muss man aber entsprechend umdeuten als „entsprachen“ und es runterrechnen. Dann kommen Sie bei um eine halbe Million geschrumpfter Einwohnerzahl in Thüringen auch auf wesentlich weniger. Daran ändert im Übrigen nachhaltig auch die Inschallah-Politik und dieses kindlich Naive, was Asylbewerber angeht, nichts. Die Einwohnerzahlen sind geschrumpft und die werden niedriger bleiben, als sie 1990 waren. Dieser drastische Rückgang der Einwohnerzahlen muss sich in der Anzahl der Abgeordneten niederschlagen. Parteien dieses Landtags – der ein oder andere erinnert sich nicht, der andere will plötzlich vergrößern –, eigentlich alle Parteien dieses Landtags waren bisher dafür, diesen Landtag zu verkleinern – bis auf die Grünen, darüber haben wir nichts gefunden, aber bei den Grünen gibt es ja auch nicht mehr so viel zu verkleinern, deshalb haben die sich wahrscheinlich nicht dazu geäußert. Alle haben es also bisher immer unterstützt, es sei denn, Sie dementieren gleich diese Pressemitteilung aus dem Jahr 2007, Herr Blechschmidt. Außerdem gibt es noch eine Sömmerdaer Erklärung des Thüringer Landkreistags – Herr Fiedler, das sind doch gern Ihre Mitspieler.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das sind nicht Mitspieler, das sind ...!)

Der forderte 2011, dass es im Zuge der demografischen Veränderungen keine Tabus geben dürfe, auch nicht bei der Anzahl der Landtagsabgeordneten und der Wahlkreise. Auch da sind wir auf einer Linie mit dem Thüringischen Landkreistag. Die gesamte Macht der Landkreise steht dahinter und er hat recht. Es ist nämlich nicht vermittelbar, dass die gesamte Verwaltung im Land, der Landkreise und der Kommunen an die Bevölkerungsentwicklung (negativ) angepasst werden soll, während der Gesetzgeber, während wir uns davon ausnehmen und so tun, als hätte sich seit Anfang der 90er-Jahre nichts geändert.

Meine Damen und Herren, das ist rückwärtsgewandte Politik, die an der Entwicklung der Gesellschaft schlicht vorbeigeht. Sie wollen doch immer alle progressiv sein, also stimmen Sie unserem Antrag dann nachher bitte zu.

(Beifall AfD)

Selbst wenn die 88 – wobei ich mich immer wundere, dass da nicht die Antifa schon gesagt hat, Mensch, den AfD-Entwurf, den unterstützen wir. 88 Abgeordnete! Wie kann das denn sein? Da gruselt uns es ja. 89 würde gehen, 87, aber 88? Liebe Antifa. Vielleicht springen Sie auf den Zug und sagen, wir machen da mit, 88 geht gar nicht. Jedenfalls, selbst wenn die 88 Abgeordneten vor einem Vierteljahrhundert einmal der Größe des Landes entsprochen haben sollten, tun sie es nun nicht mehr. Im Gegenteil: Dieses Parlament ist zu groß, eine viel zu große Institution geworden, was die Anzahl der Abgeordneten angeht. In einem ersten Schritt soll die Anzahl daher so angepasst werden, dass auf einen Abgeordneten 35.000 Einwohner kommen. Ich hatte gesagt, Niedersachsen, Hessen liegen bei 55.000, 57.000 und auch da geht die Welt nicht unter. Das hat dann in der Konsequenz einen Landtag mit 62 Mitgliedern zur Folge. Deutschlandweit übrigens ist der Durchschnitt bei 44.000 Einwohnern pro Abgeordneten, da liegen wir dann also auch noch deutlich darunter. Das ist nicht der Untergang des Abendlandes und auch nicht der Untergang ... Bitte, Herr Emde?

(Zuruf Abg. Emde, CDU: Sie haben gerade vom ersten Schritt gesprochen!)

Ja. Na ja, 44.000 ist der Durchschnitt und da wollen wir natürlich hinkommen. Was soll am Durchschnitt so schlecht sein?

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Nicht die Abschaffung!)

Ich weiß nicht, wie Sie auf die Abschaffung des Landtags kommen. Wenn ich Sie angucke, könnte ich auch auf die Idee kommen, aber uns geht es nicht darum.
(Unruhe CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Landtag ist nicht nur groß, sondern es gibt auch einen Mangel an Fleiß und Ernsthaftigkeit in der politischen Arbeit, wie wir hier erkennen können. Auch wenn sich dies seit dem Einzug der AfD deutlich zum Positiven verändert hat, gibt es da noch viel zu tun.

Wir sehen das ja daran, dass uns die Tagesordnung heute in 9 von 24 inhaltlichen Tagesordnungspunkten recht gibt.

Die Trennung von Amt und Mandat hatten wir vorgeschlagen, meine Damen und Herren. Das hängt damit zusammen: Alle DDR-Fraktionen und die CDU wollten das auch nicht. Der Landtag hat es sich in dieser Legislaturperiode geleistet, monatelang faktisch auf vier Abgeordnete zu verzichten, weil sie ihre Parlamentsmandate nicht zurückgegeben hatten. Sie sind in die Regierung aufgerückt. Die Umweltministerin hatte Angst vor Altersarmut, sie musste sich erst noch einmal ihre Rentenansprüche ersitzen. Da wurde also ein Jahr lang ein Mandatssitz blockiert. Vorher waren es einige Monate durch andere Mitglieder der Regierung.

Fraktionslose Abgeordnete zum Beispiel sind praktisch von Eigeninitiativen so gut wie ausgeschlossen. Ohne eigenes Antragsrecht dürfen sie einer Debatte nur folgen oder hinterherlaufen. Zeitweilig gab es vier fraktionslose Abgeordnete. Das war auch eine stille Reserve in diesem Haus, die ja in den Ausschüssen auch nicht richtig mitarbeiten konnte. Da sind wir rechnerisch schon bei acht, die eigentlich gar nicht aufgefallen wären, wären sie nicht da.

Meine Damen und Herren, dann gibt es im Parlament noch Abgeordnete, von denen man nichts hört und nichts sieht. Dazu gehöre ich offenbar nicht. Es gibt Abgeordnete, die sich in den letzten eineinhalb Jahren einmal zu Wort gemeldet hatten, um in ein paar kurzen Sätzen zu erklären, warum sie falsch abgestimmt hatten. Solche Abgeordnete sind natürlich nicht die Stützen des Parlaments. Sie sehen, da ist durchaus Einsparpotenzial.

Häufig wird auf die so strapazenreiche Ausschussarbeit verwiesen, doch auch die kann wesentlich besser gehandhabt werden. Wenn zum Beispiel der Ausschuss für Landwirtschaft, Forst, Umwelt und Naturschutz geteilt wurde, weil Frau Siegesmund – also die mit den Rentenambitionen, sie hat offenbar auch noch andere Ambitionen –, einen anderen Ressortzuschnitt wollte, dann ist das Verschwendung von Steuergeldern und Aufblähung, was dann dazu führt, dass keine klaren Strukturen mehr da sind und der eine nicht weiß, was der andere macht. Das Thema „Ausschussarbeit“ findet auch noch andere Blüten. Nehmen Sie den Gleichstellungsausschuss, überflüssig wie ein Kropf, der behandelt nur Themen, die sowieso in anderen Ausschüssen behandelt werden

(Unruhe DIE LINKE)

und der problemlos abgeschafft werden könnte. Problemlos übrigens könnten die Ausschüsse auch sämtlich verkleinert werden. Das aktuelle Mehrheitsverhältnis, das war ja die Diskussion vor anderthalb Jahren, lässt sich problemlos auch mit sieben Ausschussmitgliedern abbilden. Warum müssen es neun, elf oder ich weiß nicht, Haushaltsausschuss, 14, 15 sein. Es gibt gar keinen Grund dafür.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Herr Blechschmidt hat es ja aufgegriffen, dass auch nur ein Aus-

schussmitglied einer Partei effektiv arbeiten kann. Das zeigt nicht nur die AfD – klar, da sieht man es natürlich offensichtlich –, aber es klappt ja leidlich sogar bei der SPD und auch bei den Grünen. Also Sie können sich als größere Partei nicht rausreden und sagen, ja, wir müssen mehr Leute in die Ausschüsse schicken – es klappt bei kleineren Parteien auch. Also auch das ist kein Argument, lichte Momente gibt es auch, wie gesagt, bei anderen kleinen Parteien.

Man sieht also, ohne größere Anstrengungen kann dieses Parlament mit effizienten Strukturen und einer zielgerichteten Arbeitsorganisation auf mindestens 26 Abgeordnete verzichten. Und es wäre immer noch arbeitsfähig, aus meiner Sicht sogar noch besser arbeitsfähig, weil dann effektiver gearbeitet würde. Deshalb können und sollten wir diesen Schritt gehen und den Steuerzahlern da draußen dann zeigen, dass es mit der Modernisierung und der Verschlinkung des Staates nicht nur Worthülsen sind, sondern dass wir dahinterstehen und auch alle gemeinsam daran arbeiten. Das würde unsere Glaubwürdigkeit im Freistaat erhöhen, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Wenn Sie dann noch wissen – wir haben mal gerechnet, das ist nicht allzu einfach, das zu rechnen –, wir sind ungefähr auf Kosten pro Parlamentsstunde von 250.000 Euro gekommen. Rechnen Sie mal alle nach, schicken Sie mal Ihre Referenten ins Rennen. Und wenn man dann überlegt, dass man die Parlamentsstunden auch noch etwas reduzieren könnte, ist auch da noch ein erhebliches Einsparpotenzial.

Mit 62 Abgeordneten müsste vielleicht der eine oder andere etwas mehr arbeiten, ich glaube, in der Masse wäre das nicht Fall. Aber wer mehr Effizienz von anderen verlangt, muss auch mit gutem Beispiel vorangehen und sie vorleben, meine Damen und Herren.

Aus diesem Grunde beantrage ich, den Gesetzentwurf, weil ja alle Ausschüsse betroffen sind, an alle Ausschüsse zu überweisen und dabei federführend an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, der ja – noch – von mir geleitet wird. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich erteile Ihnen jetzt den dritten Ordnungsruf. Sie haben zu Herrn Emde gesagt: „Wenn ich Sie sehe, bin ich auch für die Abschaffung.“ Das ist genau das, was wir vorher im Ältestenrat diskutiert haben. Ich fordere Sie auf, den Plenarsaal zu verlassen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Abgeordneter Brandner, ich fordere Sie auf, sofort den Plenarsaal zu verlassen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Nicht im Ernst!)

Abgeordneter Höcke, AfD:

Frau Präsidentin, ich beantrage Sitzungsunterbrechung.

Vizepräsidentin Jung:

Sitzungsunterbrechung wozu?

Abgeordneter Höcke, AfD:

Zur Beratung.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das geht nur im Abstimmungsverfahren!)

Wir befinden uns ja gerade im Abstimmungsverfahren.

Vizepräsidentin Jung:

Nein. Herr Abgeordneter, wir sind mitten in der Debatte. Der Abgeordnete Brandner verlässt jetzt den Saal. Wir beenden erst den Tagesordnungspunkt.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Gut, dann machen wir das gleich, dann wiederhole ich mich gleich.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Schönen Feierabend!)